

Kurz-Dokumentation einer – mehr als bemerkenswerten – Debatte (Juli/August 2012)

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Gauland-Kontroverse

Datum: Fri, 24 Aug 2012 10:38:26 +0200

Von: Dieter Deiseroth <dieter.deiseroth@gmx.de>

An: l.albertin-a.oelers@t-online.de

Sehr geehrter, lieber Herr Albertin, sehr geehrte KollegInnen,

vielleicht haben Sie im Berliner "Tagesspiegel" vom 23.7.2012 die Kolumne des früheren Staatssekretärs und Konservativismus-Theoretikers Dr. Alexander Gauland gelesen.

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/diffuser-pazifismus-warum-sich-die-deutschen-mit-gewalt-so-schwer-tun/6907386.html>

Nachdem mir der Text von einer Berliner Leserin zugeschickt worden war, hatte ich daraufhin einen Protestbrief an Herausgeber und Chefredaktion des "Tagesspiegel" geschickt.

Diesen hat u.a. die Schweizer Wochenzeitung "Zeit-Fragen" dreisprachig abgedruckt:

<http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=985>

http://www.horizons-et-debats.ch/index.php?id=3468&print=1&no_cache=1

http://www.currentconcerns.ch/index.php?id=1909&print=1&no_cache=1

Der "Tagesspiegel" hat nach ausgedehnter Korrespondenz in seiner Sonntagsausgabe (5.8.2012) einen von mir autorisierten Auszug aus meinem Protestbrief vom 26.7.2012 an Herausgeber und Chefredaktion als Leserbrief abgedruckt:

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/bruch-des-voelkerrechts/6962400.html>

Ferner habe ich auf Anforderung der Redaktion des Online-Dienstes "Hintergrund.online" einen detaillierteren Text zu Dr. Gaulands Kolumne verfasst, die am 6.8.2012 dort auch publiziert worden ist. Hier der Link:

<http://www.hintergrund.de/201208062188/hintergrund/medien/einstimmung-auf-verfassungs-und-voelkerrechtsbruch.html>

Dazu sind dann verschiedene Reaktionen erschienen, u.a. in der "Frankfurter Rundschau" und von dem christlichen Theologen Peter Bürger im Online-Dienst "Telepolis":

<http://www.heise.de/tp/artikel/37/37443/1.html>

In der Annahme Ihres Interesses schicke ich Ihnen die Links zu den Texten zu, die Sie, wenn Sie wollen, nur anzuklicken brauchen.

Die Kolumne von Dr. Gauland reiht sich in eine Entwicklung ein, die ich für sehr besorgniserregend halte.

Mit herzlichen Grüßen

Dieter Deiseroth

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/diffuser-pazifismus-militaerische-gewalt-ist-nicht-an-sich-schlecht/6907386-2.html>

Diffuser Pazifismus Warum sich die Deutschen mit Gewalt so schwer tun

23.07.2012 00:00 Uhr von [Alexander Gauland](#)



Ein brennender Panzer in Syrien. Deutschland hält sich aus dem Konflikt lieber heraus. - Foto: afp

Die Deutschen sehen hinter militärischer Gewalt immer nur Wilhelm II. und Hitler, während unsere Nachbarn durch Churchill und de Gaulle eine ganz andere Sicht auf diese Ereignisse haben. Es wird höchste Zeit, dass wir unsere Sichtweise auch hier ein wenig europäisieren.

-
-
-
-
- Information zum Datenschutz
- Soziale Netzwerke dauerhaft einschalten

Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt. Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche, als ein Mittel, aus dem nie und unter keinen Umständen Brauchbares entstehen könne. Das ist kein Wunder, haben doch ihre politischen wie militärischen Führer in zwei Weltkriegen den Beleg für diese Einschätzung geliefert.

Doch mit eben dieser absoluten Verwerfung militärischer Gewalt stehen die Deutschen allein der Welt. Dies hat manche unangenehmen Folgen. Da ist zum einen die mangelnde Wertschätzung der [Bundeswehr](#), deren Tun im besten Fall mit Desinteresse, im Normalfall mit Skepsis und Ablehnung betrachtet wird.

Dass deshalb auch die immer wieder verkleinerte Bundeswehr kaum noch die dringendsten Aufgaben von Landesverteidigung und terroristischer Gefahrenabwehr erfüllen kann, bewegt außer ein paar Fachleuten niemanden. Doch schlimmer noch als diese materielle

Vernachlässigung erscheint die Weigerung, Notwendigkeit und Folgen militärischer Gewalt überhaupt zu denken und sie in ein politisches Weltbild einzuordnen. Und so löst eine Selbstverständlichkeit wie der militärische Schutz von Handelswegen fast eine Staatskrise aus.

Allein der Druck unserer Verbündeten hat uns in den [Kosovo](#) und nach [Afghanistan](#) gebracht. Doch eine Diskussion darüber, warum das eine im Clausewitzschen Sinne möglicherweise richtig, das andere aber falsch war, findet nicht statt. An ihre Stelle ist ein diffuser Ganzkörperpazifismus getreten.

Mehr zum Thema

- [Kontrapunkt: Nie wieder Deutschland!](#)
- [Rüstung: Syrische Chemiewaffen - mit deutscher Hilfe](#)
- [Gastkommentar: Warum die Deutschen keine ernste Debatte zum Krieg führen](#)

Wie problematisch eine solche Haltung sein kann, hat Deutschland im Falle Libyens erlebt, [wo der Außenminister den Kämpfern von Bengasi ernsthaft den Boykott Gaddafis durch Deutschland als Lösung empfahl](#). Allein die französischen Mirages haben möglich gemacht, dass heute von allen gelobte Wahlen in diesem Lande stattgefunden haben. Doch Einsicht sucht man bei den Betroffenen vergebens. Auch das syrische Dilemma des Westens führt wieder eindrücklich vor Augen, wie gering das Verständnis für Gewaltanwendung in diesem Lande ist. Denn es ist eben nicht die Gewaltanwendung an sich, die sich hier verbietet, sondern die nicht zu kontrollierenden Auswirkungen einer gewaltsamen Eingreifens. Schon der Irakkrieg, aber auch Afghanistan bestätigen ein altes Napoleon-Wort, dass es immer leicht sei, hineinzugehen, aber schwer, wieder herauszukommen.

- [Seite 2: Militärische Gewalt ist nicht an sich schlecht](#)

Diffuser Pazifismus Warum sich die Deutschen mit Gewalt so schwer tun

23.07.2012 00:00 Uhr von [Alexander Gauland](#)

Die Deutschen sehen hinter militärischer Gewalt immer nur Wilhelm II. und Hitler, während unsere Nachbarn durch Churchill und de Gaulle eine ganz andere Sicht auf diese Ereignisse haben. Es wird höchste Zeit, dass wir unsere Sichtweise auch hier ein wenig europäisieren.

-
-
-
-
- Information zum Datenschutz
- Soziale Netzwerke dauerhaft einschalten

Militärische Gewalt ist nicht an sich schlecht

Statt also immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt – siehe oben – nicht an sich schlecht, sondern nur als falsche Politik schlecht ist. Das aber setzt voraus, dass die Deutschen wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck in seiner ersten Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 in die berühmten Worte fasste: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.“

Mehr zum Thema

- [Kontrapunkt: Nie wieder Deutschland!](#)
- [Rüstung: Syrische Chemiewaffen - mit deutscher Hilfe](#)
- [Gastkommentar: Warum die Deutschen keine ernste Debatte zum Krieg führen](#)

Und so wird auch das Assad-Regime – leider – nicht durch UN-Beschlüsse und diplomatische Finessen fallen, am wenigstens durch irgendwelche Verbote, seine Repräsentanten in Paris oder London einkaufen zu lassen, sondern durch einen Bürgerkrieg, in dem die Iraner und Russen ihren schiitischen Verbündeten unterstützen, den das sunnitische Saudi-Arabien und die Golfstaaten zum Teufel jagen möchten. Man kann das aus menschenrechtlicher Sicht bedauern, aber es ist realitätsblind, die eine wie die andere Seite immer von Neuem mit gutem Zureden zum Aufgeben anzuhalten.

Die Deutschen tun sich damit besonders schwer, weil sie hinter der militärischen Gewalt immer nur Wilhelm II. und Hitler sehen, während unsere Nachbarn durch Churchill und de Gaulle eine ganz andere Sicht auf diese Ereignisse haben. Es wird deshalb höchste Zeit, dass wir unsere Sichtweise auch hier ein wenig europäisieren.

Meinung Bruch des Völkerrechts

05.08.2012 00:00 Uhr

-
-
-
- - Information zum Datenschutz
 - Soziale Netzwerke dauerhaft einschalten

„Pazifistische Melodien“ vom 23. Juli

Der Historiker Dr. Gauland, früherer beamteter Chef der Hessischen Staatskanzlei unter Ministerpräsident Wallmann (CDU), ist bekanntermaßen ein sehr belesener Theoretiker des Konservatismus. Skandalös ist, dass er dafür wirbt, bei der Entscheidung über die militärische Durchsetzung deutscher Interessen allein politische Nützlichkeitserwägungen anzustellen. Er negiert damit das nach den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges als historische Errungenschaft der Menschheit in der UN-Charta verankerte Verbot jeder Anwendung militärischer Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die UN-Charta lässt von

diesem Verbot nur zwei Ausnahmen zu: zum einen die Gewaltanwendung mit vorheriger ausdrücklicher Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat (Art.

42 UN- Charta) und zum anderen die einstweilige Selbstverteidigung eines Staates und seiner Verbündeten gegen einen gegenwärtigen oder unmittelbar drohenden militärischen Angriff (Art. 51 UN- Charta).

Das Gewaltverbot der UN-Charta gehört zum sog. zwingenden Völkerrecht und damit auch zu den „allgemeinen Regeln des Völkerrechts“ im Sinne von Art. 25 des Grundgesetzes (GG). Diese sind in Deutschland „Bestandteil des Bundesrechts“, gehen nach Art. 25 Satz 2 GG „den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes“.

Um diese verfassungs- und völkerrechtlichen Grenzen militärischer Einsätze schert sich Kolumnist Dr. Gauland nicht. Ja, er plädiert sogar unter ausdrücklicher Anrufung der „Blut und Eisen“-Regierungserklärung des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck von 1862 für ihre Nichtbeachtung.

Pikant und wohl auch disziplinarrechtlich relevant ist, dass ein Ruhestandsbeamter wie Dr. Gauland aus Gründen politischer Opportunität für die grundsätzliche Missachtung der Bindung an „Recht und Gesetz“ (Art. 20 Abs. 3 GG) bei der Anwendung militärischer Gewalt plädiert und so zum permanenten Verfassungs- und Völkerrechtsbruch aufruft.

Unverständlich ist mir, dass der Tagesspiegel einen Beitrag mit auch gravierenden journalistischen Schwächen zum Abdruck bringt. Woher weiß eigentlich Dr. Gauland, dass „die Deutschen“, also über 80 Millionen Menschen, „ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt“ haben und dass sie allein in „der Welt“ mit ihrer „absoluten Verwerfung militärischer Gewalt“ stehen? Spricht er von allen Menschen dieser Erde oder nur von vielen gewaltbereiten Regierungen, die aber nicht für „die Welt“ stehen? Für einen wissenschaftlich ausgebildeten Historiker ist das, zurückhaltend ausgedrückt, mehr als beschämend.

Dr. Dieter Deiseroth, Leipzig

Hintergrund

Sonntag, 26. August 2012

Einstimmung auf Verfassungs- und Völkerrechtsbruch

Eine Kolumne im Berliner *Tagesspiegel* propagiert den Einsatz von militärischer Gewalt für politische Zwecke -

Ein Kommentar von DIETER DEISEROOTH, 6. August 2012 -

Bei allem Respekt vor der persönlichen Meinungsfreiheit jedes Einzelnen bin ich sehr

verwundert, ja entsetzt, dass eine angesehene liberal-konservative Tageszeitung wie der Berliner *Tagesspiegel* einem Text zu öffentlicher Verbreitung verhilft, in dem der Sache nach zur Missachtung und zum Bruch des geltenden Verfassungs- und Völkerrechts aufgerufen wird. Sein Autor ist der Historiker und promovierte Jurist Alexander Gauland, der seit 1987 als beamteter Staatssekretär Chef der Hessischen Staatskanzlei von Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) war. Dr. Gaulands Wirken im Wiesbadener Regierungsapparat gab übrigens die Vorlage für Martin Walsers Roman *Finks Krieg*.

Dr. Gauland ist bekanntermaßen ein sehr belesener Theoretiker des Konservatismus mit zahlreichen, von mir geschätzten einschlägigen

Publikationen: z.B. *Das Legitimitätsprinzip in der Staatenpraxis seit dem Wiener Kongress* (1971), *Was ist Konservativismus?* (1991) und *Anleitung zum Konservativsein* (2002). Er sieht sich in der Tradition von Edmund Burke, der – selbst aktiver Politiker im England des ausgehenden 18. Jahrhunderts – weltweit zu Recht als theoretischer Stammvater der gehaltvollen konservativen Kritik an der französischen Revolution von 1789 gerühmt wird. Für Alexander Gauland enthält das Denken Edmund Burkes „Elemente, die für eine heutige politische Orientierung brauchbar sind“. Es geht ihm um ein spezifisches Menschen- und Gesellschaftsbild, das „in einer skeptischen Anthropologie, in der Gegnerschaft gegen den liberalen Individualismus wie einem autoritären Kollektivismus und in einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Fortschrittsdynamik der Moderne“ wurzelt.

Alexander Gauland neigt nicht zu Tarnung und Mimikry. Seit mehr als vier Jahrzehnten Mitglied der CDU, wirft er seiner Parteivorsitzenden Angela Merkel öffentlich vor, sie habe „es geschafft, aus einer Partei mit konservativen, liberalen und sozialen Inhalten ein ideologisches Nichts zu zaubern, eine Organisation zum Machterhalt, ohne dass man noch wüsste, wofür und wogegen.“ (in: *Welt-Online* vom 23.6.2011)

Seit er nicht mehr Herausgeber und Geschäftsführer der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* in Potsdam ist, publiziert Dr. Gauland auf der „Meinungs“-Seite des *Tagesspiegel* eine regelmäßige Kolumne.

Das Skandalöse seines am 23. Juli 2012 veröffentlichten Beitrags (*Diffuser Pazifismus. Warum sich die Deutschen mit Gewalt so schwer tun*) liegt für mich darin, dass er dafür wirbt, bei der Entscheidung über die militärische Durchsetzung außen- und sicherheitspolitischer Interessen Deutschlands künftig allein politische Nützlichkeitserwägungen anzustellen. Gauland wörtlich: „Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt. Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche, als ein Mittel, aus dem nie und unter keinen Umständen Brauchbares entstehen könne.“ Er weiß es besser: „Statt also immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt ... nicht an sich schlecht, sondern nur als falsche Politik schlecht ist. Das aber setzt voraus, dass die Deutschen wieder



Dr. Alexander Gauland im Tagesspiegel: "Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt."
Foto: © CDU-Kreisverband Borken

eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck in seiner ersten Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 in die berühmten Worte fasste: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.““

Dr. Gauland negiert damit insbesondere das nach den Verbrechen des 2. Weltkrieges als historische Errungenschaft der Menschheit in der UN-Charta verankerte Verbot jeder Anwendung militärischer Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die UN-Charta lässt von diesem Verbot nur zwei enge Ausnahmen zu: zum einen die Gewaltanwendung mit vorheriger ausdrücklicher Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat (Art. 42 UN-Charta) und zum anderen die einstweilige Selbstverteidigung eines Staates und seiner Verbündeten gegen einen gegenwärtigen oder unmittelbar drohenden militärischen Angriff (Art. 51 UN-Charta).

Das völkerrechtliche Gewaltverbot der UN-Charta gehört zum sogenannten zwingenden Völkerrecht („jus cogens“) und damit auch zu den „allgemeinen Regeln des Völkerrechts“ im Sinne von Art. 25 des Grundgesetzes (GG). Sie sind in Deutschland kraft ausdrücklicher verfassungsrechtlicher Normierung „Bestandteil des Bundesrechts“, gehen nach Art. 25 Satz 2 GG „den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes“. Wer als Staat oder als Staatenbündnis militärische Gewalt einsetzt, die gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstößt und völkerrechtlich nicht gerechtfertigt ist, begeht eine völkerrechtliche Aggression. Nach Art. 25 GG sind bereits die Vorbereitung eines Angriffskrieges und damit erst dessen Führung verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen.

Um diese verfassungs- und völkerrechtlichen Grenzen militärischer Einsätze schert sich Kolumnist Dr. Gauland – in der selbst gewählten Pose eines Niccolò Machiavelli und eines Carl von Clausewitz – nicht. Ja er plädiert sogar unter ausdrücklicher Anrufung des preußischen „Blut-und-Eisen-Ministerpräsidenten“ für ihre Nichtbeachtung. Bekanntlich hatte Otto von Bismarck wenig Skrupel, im Konflikt um die „preußische Heeresreform“, bei der es um die Ausdehnung der Wehrpflicht auf drei Jahre und um Aufrüstung ging, gegen den erbitterten Widerstand der liberalen Parteien im preußischen Abgeordnetenhaus die Verfassung zu brechen. Ebenso hatte Bismarck wenig Hemmungen, Präventiv- und Angriffskriege zur Herbeiführung der „deutschen Einheit“ 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich und 1870/71 gegen Frankreich zu führen.

In diese Tradition stellt sich Alexander Gauland ganz ausdrücklich. Und mit ganz aktuellem Bezug formuliert er: Schlimmer noch als die „materielle Vernachlässigung“ der „immer wieder verkleinerten Bundeswehr“, die „kaum noch die dringendsten Aufgaben von Landesverteidigung und terroristischer Gefahrenabwehr erfüllen“ könne, erscheint „die Weigerung, Notwendigkeit und Folgen militärischer Gewalt überhaupt zu denken und sie in ein politisches Weltbild einzuordnen. Und so löst eine Selbstverständlichkeit wie der militärische Schutz von Handelswegen fast eine Staatskrise aus“.

Das ist in der Sache ganz nahe bei den Äußerungen des anschließend demissionierten Ex-Bundespräsidenten Dr. Horst Köhler in einem Interview mit dem *Deutschlandradio* am 22. Mai 2010. Köhler hatte nach seinem Besuch bei den Einsatztruppen der Bundeswehr in Afghanistan erklärt:

„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss,

dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern. Alles das soll diskutiert werden, und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg. ... Aber es wird wieder Todesfälle geben, nicht nur bei Soldaten, möglicherweise auch durch Unfall mal bei zivilen Aufbauhelfern. Das ist die Realität unseres Lebens heute, wo wir einfach zur Kenntnis nehmen müssen: Es gibt Konflikte. Man muss auch um diesen Preis sozusagen seine am Ende Interessen wahren.“ (Quelle: <http://www.dradio.de/aktuell/1191138/>).

Dr. Gauland schreibt diese Köhler-Linie in seiner *Tagesspiegel*-Kolumne fort. Er beklagt dabei nicht nur die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat bei der Beschlussfassung über die Einrichtung einer Flugsicherheitszone; diese wurde bekanntlich anschließend von den involvierten Regierungen des Westens – unter Überschreitung der UN-Ermächtigung und damit letztlich völkerrechtswidrig – zu ausgedehnten Bombeneinsätzen von Zielen in ganz Libyen zur Herbeiführung eines Regimewechsels genutzt. Nicht hinnehmbar ist für Alexander Gauland auch die gegenwärtige Debatte in Deutschland und der deutsche Umgang mit dem aktuellen Bürgerkrieg in Syrien: „Das syrische Dilemma des Westens führt wieder eindrücklich vor Augen, wie gering das Verständnis für Gewaltanwendung in diesem Lande ist.“

Pikant ist, dass Alexander Gauland als früherer beamteter Staatssekretär den Bindungen des Beamtenrechts und natürlich auch den verfassungsrechtlichen Vorgaben unterliegt, für deren Bruch er sich der Sache nach öffentlich einsetzt. Das ist auch disziplinarrechtlich relevant. Auch für Ruhestandsbeamte und frühere Beamte mit Versorgungsbezügen gilt nach den Beamtengesetzen (vgl. § 47 BeamStG), dass sie sich nicht „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ betätigen dürfen. Das umfasst – ungeachtet aller Missdeutungen dieser Begrifflichkeit – jedenfalls die uneingeschränkte Achtung des für eine Demokratie unverzichtbaren rechtsstaatlichen Gebots der strikten und ausnahmslosen Bindung aller öffentlichen Gewalt an „Recht und Gesetz“ (Art. 20 Abs. 3 GG). Zu „Recht und Gesetz“ gehört auch das geltende Völkerrecht.

Ein Ruhestandsbeamter, der öffentlich unter ausdrücklicher affirmativer Bezugnahme auf die Regierungserklärung Otto von Bismarcks als preußischer Ministerpräsident aus dem Jahre 1862 und dessen darin verkündete „Blut und Eisen“-Maximen, die sich um geltendes Recht und „Majoritätsbeschlüsse“ nicht scherten, aus Gründen politischer Opportunität für die grundsätzliche Missachtung von Art. 20 Abs. 3 GG bei der Anwendung militärischer Gewalt plädiert, ruft damit zum permanenten Verfassungs- und Völkerrechtsbruch auf.

Unverständlich ist mir, offen gesagt, auch, dass der *Tagesspiegel* einen Beitrag mit augenscheinlich gravierenden journalistischen Schwächen zum Abdruck gebracht hat. Woher weiß eigentlich Herr Dr. Gauland, dass „die Deutschen“, also über 80 Millionen Menschen, „ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt“ haben und dass „die Deutschen“ allein in „der Welt“ mit ihrer „absoluten Verwerfung militärischer Gewalt“ stehen? Wie definiert Herr Dr. Gauland „die Welt“? Spricht er von allen Menschen/Bürgern dieser Erde? Meint er die Regierungen? Oder nur die Mehrheit der kriegsbereiten westlichen Regierungen, die aber nicht für „die Welt“ stehen? Es handelt sich bei solchen Parolen um augenscheinliche Simplifizierungen, die die Komplexität der realen Gegebenheiten und diffizilen Probleme gleichsam auf Stammtischniveau ignorieren. Für einen wissenschaftlich ausgebildeten Historiker und Juristen ist das beschämend und, zurückhaltend ausgedrückt, nahe an der Grenze zur Peinlichkeit!

Das Skandalon eines solchen Plädoyers eines hohen (Ruhestands-)Beamten für den Verfassungs- und Völkerrechtsbruch weist über den aktuellen Vorgang hinaus. Es gilt einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die den vom geltenden Recht unbehinderten Einsatz des Militärs zu politischen Zwecken für Deutschland wieder zur Normalität machen will und die Öffentlichkeit auf diese Ungeheuerlichkeit einzustimmen versucht. In Dr. Gaulands *Tagesspiegel*-Kolumne wird dies zugleich strategisch mit der unterschwelligen moralischen Diskreditierung derjenigen als politikunfähige und weltfremde Träumer verbunden, die die Anwendung militärischer Gewalt angesichts der schrecklichen Erfahrungen mit Kriegen und den damit untrennbar einhergehenden Gewalt-Eskalationen insbesondere auch gegenüber Nicht-Kombattanten („Kollateralschäden“) ablehnen oder jedenfalls auf der strikten Einhaltung der völker- und verfassungsrechtlichen Grenzen beharren.

Der Autor: Dr. Dieter Deiseroth ist Richter am Bundesverwaltungsgericht. Neben seiner richterlichen Tätigkeit publiziert er vor allem zu Fragen des Verfassungs- und Völkerrechts sowie der Verfassungsrechtsgeschichte vor und während des Nationalsozialismus.

•

Mit "Eisen und Blut" in eine neue Zeit

[Peter Bürger](#) 16.08.2012

Die völkerrechtsfeindliche Verrohung des Bürgertums kennt keine Tabus mehr: Dr. Alexander Gauland (CDU) plädiert für eine Rückkehr zur preußischen Kriegsdoktrin

In zwei Jahren steht das hundertjährige "Jubiläum" des ersten Weltkrieges an. Bis zu 17 Millionen Menschenleben hat er vernichtet. Bei der nächsten hochmodernen Menschenschlächterei waren es dann 50 oder gar 70 Millionen Opfer. In meinen Jugendjahren bei der christdemokratischen Partei gehörte es noch zum Konsens bürgerlicher Anständigkeit, die Abgründe des 20. Jahrhunderts bei allem Nachsinnen über die menschliche Zivilisation zum Ausgangspunkt zu nehmen. Inzwischen sind längst andere Zeiten angebrochen.

-  DRUCKEN
-  VERSENDEN



BILD VERGRÖSSEN

Weltkrieg 1914-1918, Bedienungsmannschaft eines deutschen schweren Flak Maschinengewehrs 8915-35. [Deutsches Bundesarchiv](#) Bild 183-R52907. Lizenz: [CC-BY-SA-3.0](#)

Der angebliche Konservative Dr. Alexander Gauland (CDU) findet es gar nicht gut, dass die Deutschen "hinter der militärischen Gewalt immer nur Wilhelm II. und Hitler sehen". In einem skandalösen [Beitrag](#) für die Zeitung "Der Tagesspiegel" plädiert er ohne jede Scham für eine Rückkehr zur Praxis der preußischen Kriegsgrößen:

Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt. Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche, als ein Mittel, aus dem nie und unter keinen Umständen Brauchbares entstehen könne. [...] Statt [...] immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt [...] nicht an sich schlecht, sondern nur als falsche Politik schlecht ist. Das aber setzt voraus, dass die Deutschen wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck in seiner ersten Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 in die berühmten Worte fasste: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen - sondern durch Eisen und Blut.

Alexander Gauland (Der Tagesspiegel, 23.07.2012)

Die "1848er" Demokraten, niedergemetzelt von der preußischen Soldateska, waren also realitätsferne Träumer. Clausewitz und Bismarck, die Militärstrategen ohne moralische Gefühlsduselei, werden hier als Wegweiser angepriesen. Nicht Diskurse, sondern "Eisen und Blut" - also Mord und Totschlag - entscheiden die Weltgeschichte. Das, so meint Alexander Gauland, sollten 80 Millionen Deutsche gefälligst - wie ehedem in guten alten Zeiten - akzeptieren.

Anzeige

Die Tabubrüche haben Methode

Die völkerrechtsfeindliche Verrohung in Kreisen des Bürgertums erreicht mit diesem Beitrag im "Tagesspiegel" durchaus noch eine neue Qualität, nämlich eine offen machiavellistische.

Im letzten Jahrzehnt bemühte man sich noch, die Etablierung einer neuen Wirtschaftskriegsdoktrin zur Sicherung nationaler Interessen mit blumigen Worten zu umkleiden.

Man sagte nicht: "Wir wollen das ökonomische Ungleichgewicht auf der Erde zu unseren Gunsten aufrechterhalten." Man sagte: "Wir wollen den nationalen Wohlstand wahren."

Man sagte nicht: "Wir wollen gegen die Armen und Elenden der Erde eine Festung mit tödlichen Grenzmauern errichten." Man sagte: "Wir wollen Schutz vor illegaler Immigration."

Man sagte nicht: "Die globalen Rahmenbedingungen für unsere Marktdominanz wollen wir diktieren." Man sprach stattdessen von freien Märkten und freiem Warenfluss.

Man proklamierte "freie Handels- und Seewege" und meinte eine militärische Absicherung der Exportwirtschaft.

Man beschwore eine gesicherte Energie- und Rohstoffversorgung, und verschwieg, dass selbstverständlich Waffen über die Aufteilung der knappen Ressourcen des Planeten entscheiden.

Ex-Bundespräsident Horst Köhler hielt sich in einem Interview allerdings nicht an die offiziellen Sprachregelungen und plauderte allzu offenherzig über die militärische Seite der deutschen Exportweltmeisterschaft ([Soldatensärge und deutsche Interessen](#)). Nach seinem Rücktritt hat das ein Minister für das Militärressort wie Karl-Theodor zu Guttenberg nachdrücklich gelobt ([Neue christliche Leitkultur: Wirtschaftskriege](#)).

Der derzeitige Bundespräsident Joachim Gauck [klagt](#) über eine "glücksüchtige Gesellschaft" und wünscht sich - gut preußisch und staatsprotestantisch - wieder mehr Opferhingabe im Dienste von kriegerischen Auslandseinsätzen. Das war aber mal nötig, dass das einer sagte, meinten auch sozialdemokratische und grüne Stimmen. Und nun also werden wir, die wir laut Gauland noch ganz gefangen sind in einem "diffusen Ganzkörperpazifismus", dieser Tage wieder hin zu Clausewitz und Bismarck geführt ...

Dieter Deiseroth erteilt dem promovierten Juristen Gauland Nachhilfe im Erstsemesterstoff

Der Widerspruch zu den entsprechenden Ausführungen des promovierten Juristen Dr. Alexander Gauland kommt nicht aus Medienkreisen. Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, hat die verfassungsfeindliche und völkerrechtsfeindliche Propaganda des "konservativen" Publizisten mit dem nötigen Klartext attackiert.

Knapp zwei Wochen nach Gaulands Kolumne vom 23.7.2012 veröffentlichte der "Tagesspiegel" einen Protestbrief des Bundesrichters auszugsweise als [Leserbrief](#). Die Online-Redaktion des Nachrichtenmagazins "Hintergrund" bat ihn hernach um einen ausführlichen [Beitrag](#) zur Sache. Substantiell betrifft die rechtswissenschaftliche Nachhilfe durch Deiseroth im Grunde das "staatsbürgerliche Wissen", das man etwa auch von Schulabgängern erwarten sollte:

Dr. Gauland negiert [...] insbesondere das nach den Verbrechen des 2. Weltkrieges als historische Errungenschaft der Menschheit in der UN-Charta verankerte Verbot jeder Anwendung militärischer Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die UN-Charta lässt von diesem Verbot nur zwei enge Ausnahmen zu: zum einen die Gewaltanwendung mit

vorheriger ausdrücklicher Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat (Art. 42 UN-Charta) und zum anderen die einstweilige Selbstverteidigung eines Staates und seiner Verbündeten gegen einen gegenwärtigen oder unmittelbar drohenden militärischen Angriff (Art. 51 UN-Charta).

Das völkerrechtliche Gewaltverbot der UN-Charta gehört zum sogenannten zwingenden Völkerrecht ("jus cogens") und damit auch zu den "allgemeinen Regeln des Völkerrechts" im Sinne von Art. 25 des Grundgesetzes (GG). Sie sind in Deutschland kraft ausdrücklicher verfassungsrechtlicher Normierung "Bestandteil des Bundesrechts", gehen nach Art. 25 Satz 2 GG "den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes". Wer als Staat oder als Staatenbündnis militärische Gewalt einsetzt, die gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstößt und völkerrechtlich nicht gerechtfertigt ist, begeht eine völkerrechtliche Aggression.

Dieter Deiseroth (Hintergrund.de, 06.08.2012)

Wer die zivilisatorischen Lernprozesse des 20. Jahrhunderts, die sich in einem neuen Rechtsgefüge niedergeschlagen haben, mit markigen Parolen beiseite wischt und stattdessen preußische Angriffskrieger als Vorbilder propagiert, sollte sich nicht konservativ nennen. Dr. Dieter Deiseroth wertet Gaulands Bekenntnisse zu Clausewitz und Bismarck und seine sonstigen Ausführungen als politische Aufforderung zum Bruch des geltenden Verfassungs- und Völkerrechts. Er meint, dass dies für einen früher beamteten Staatssekretär mit staatlichen Versorgungsbezügen "disziplinarrechtlich relevant" ist.

Ein ganz persönlicher Ratschlag an CDU-Kreisverbände

Alexander Gauland gehört zu den rechten Kritikern der Machtpolitikerin Angela Merkel und ihres Parteikurses. In vielen CDU-Kreisen hat die Pragmatismus-Ära der Bundeskanzlerin die Orientierungslosigkeit verstärkt. Das eigentliche Problem der Partei ist freilich der - noch nicht überall wahrgenommene - Wegfall der einstmals tragenden Milieus. Da nützt es wenig, wenn man sich - wie vor einigen Jahren im münsterländischen [Kreis Borken](#) - Herrn Gauland als Ratgeber einlädt. Dessen aktuelle Ausführungen zeugen nicht nur von vollständiger Ignoranz gegenüber dem real existierenden Bankrott des Programms "Krieg" auf wirklich sämtlichen Schauplätzen. Sie stehen insbesondere in striktem Gegensatz zur christlichen Friedensethik, wie sie von der Ökumene auf dem gesamten Erdkreis geteilt wird.

Eine Orientierung am Christlichen wäre für eine christdemokratische Partei vielleicht aber gar nicht so verkehrt. Nirgends wird man in Dokumenten des Weltkirchenrates oder der römisch-katholischen Kirche auch nur im Ansatz eine Rechtfertigung von militärischem Handeln zur Sicherung von nationalen Wirtschaftsinteressen finden. Nach einer langen Geschichte christlich-abendländischer Kriegskollaboration ist zumindest die offizielle Doktrin wieder zum Status vor der Staatskirchlichkeit zurückgekehrt.

Schon um 300 n. Chr. entlarvte der Kirchenschriftsteller Laktanz in einem scharfsinnigen Klartext die Wirtschaftskriegsdoktrin der nationalen Interessenssicherung. Man darf seine Ausführungen auch wiederholt zitieren:

Was sind die "Vorteile des Vaterlandes" anderes als die Nachteile eines zweiten Staates oder Volkes, das heißt das Gebiet auszudehnen, indem man es anderen gewaltsam entreißt, das Reich zu mehren, die Staatseinkünfte zu vergrößern? Alles dieses [...] ist die Vernichtung von Tugenden. Vor allem nämlich wird die Verbundenheit der menschlichen Gesellschaft

beseitigt, es wird beseitigt die Redlichkeit, die Achtung vor fremdem Gut, schließlich die Gerechtigkeit selbst [...] Denn wie könnte gerecht sein, wer schadet, wer hasst, wer raubt, wer tötet? Das alles aber tun die, welche ihrem Vaterlande zu nützen streben. [...] Überall, wo die Waffen sich Geltung verschafft haben, ist die Gerechtigkeit ausgelöscht und verbannt.

Laktanz (ca. 250 - 320 n. Chr.), christlicher Schriftsteller

[Telepolis > Politik](#)

<http://www.heise.de/tp/artikel/37/37443/1.html>